



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2012/11000**
Datum: 05.09.2012
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Herr Oliver Paulsen
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	26.09.2012 24.10.2012	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zahl der Lehrkräfte an städtischen Schulen zum Schuljahresbeginn

In den vergangenen Monaten war in der Presse immer wieder von einer stark sinkenden Zahl von im Land einsetzbaren Lehrerinnen und Lehrern zu lesen, teilweise wurden wohl in Halle sogar vorgeschriebene Mindestquoten unterschritten, so dass beispielsweise Ausfälle durch Krankheiten nicht kompensiert werden konnten. Schon Anfang Juli sah sich Frau Oberbürgermeisterin offensichtlich genötigt, beim zuständigen Landeskultusminister zu intervenieren. Noch Mitte August wurde wiederholt über den befürchteten Lehrermangel zum Schuljahresbeginn berichtet. Zuletzt informierte die Mitteldeutsche Zeitung am 01.09.2012 darüber, dass trotz einer großen Zahl von Neueinstellungen sowie vielfältigen Versetzungen und Abordnungen an drei halleschen Grundschulen die gesetzliche geforderte Mindestzahl an Lehrkräften zum Schuljahresbeginn 2012/2013 nicht sichergestellt werden könne. Wir fragen daher:

1. Konnte das Land zum Schuljahresbeginn 2012/2013 in jeder städtischen Grund- und Sekundarschule in Halle ein ausreichendes Unterrichtsangebot durch die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von Lehrerinnen und Lehrern sicherstellen? Falls nicht, welche Schulen sind in welchem Umfang betroffen?
2. Wie bewertet die Stadtverwaltung das offensichtlich erst sehr knappe Zustandekommen einer (weitestgehenden) Lösung, welches den zitierten Presseberichten und damit einer deutlichen Verunsicherung von Eltern und Schülerinnen und Schülern Vorschub leistete?
3. Geht die Stadtverwaltung aufgrund bisheriger Erfahrungen und der teilweise scheinbar nur sehr knapp erreichten Mindestausstattungen davon aus, dass das erreichte Versorgungsniveau das gesamte Schuljahr über beibehalten werden kann?
4. Welche Lösungen strebt die Stadtverwaltung zusammen mit der Landesregierung für das folgende Schuljahr 2013/2014 an, da sich die Situation durch eine große Zahl von Renteneintritten wiederum deutlich verschärfen wird?

gez. Oliver Paulsen
Fraktionsvorsitzender

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2012/11000**

Anfrage des Stadtrats Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) zur Zahl der Lehrkräfte an städtischen Schulen zum Schuljahresbeginn.

Die Antwort der Verwaltung lautet:

Die Beantwortung dieser Stadtratsanfrage erfolgt in der Stadtratssitzung am 24.10.2012. Die Fragen wurden zur Beantwortung an das Landesschulamt weitergeleitet, weil die Inhalte in der Zuständigkeit dieses Amtes liegen.

Tobias Kogge
Beigeordneter

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2012/11000**

Anfrage des Stadtrats Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) zur Zahl der Lehrkräfte an städtischen Schulen zum Schuljahresbeginn.

Die Antwort der Verwaltung lautet:

Zur Beantwortung der Fragen erhielt die Stadt Halle das in der Anlage beigefügte Schreiben des Landesschulamtes vom 24.09.2012.

Die Stadtverwaltung hat sich mehrfach bei der Landesregierung für eine stabile Lehrerversorgung zur Gewährleistung des ordnungsgemäßen Unterrichtes und einer hochwertigen Bildung für alle Kinder und Jugendlichen eingesetzt und wird dies weiterhin so handhaben.

2. Wie bewertet die Stadtverwaltung das offensichtlich erst sehr knappe Zustandekommen einer (weitestgehenden) Lösung, welches den zitierten Presseberichten und damit einer deutlichen Verunsicherung von Eltern und Schülerinnen und Schülern Vorschub leistete?

Die durch die sehr kurzfristige Sicherung der Unterrichtsversorgung entstandene Verunsicherung von Eltern und SchülerInnen wird durch die Stadtverwaltung bedauert. Leider bestehen auf Grund der gegebenen Zuständigkeiten kaum Einflussmöglichkeiten auf Seiten der Stadtverwaltung.

3. Geht die Stadtverwaltung aufgrund bisheriger Erfahrungen und der teilweise scheinbar nur sehr knapp erreichten Mindestausstattungen davon aus, dass das erreichte Versorgungsniveau das gesamte Schuljahr über beibehalten werden kann?

Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass die zuständigen Landesbehörden den Unterricht über das gesamte Schuljahr absichern und der Unterricht ordnungsgemäß erteilt werden kann.

4. Welche Lösungen strebt die Stadtverwaltung zusammen mit der Landesregierung für das folgende Schuljahr 2013/2014 an, da sich die Situation durch eine große Zahl von Renteneintritten wiederum deutlich verschärfen wird?

Auch für das kommende Schuljahr ist die Landesregierung in der Pflicht, die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung zu schaffen.